

zu sichern. Der Beschluß des Obersten Sowjets entspricht den Interessen aller Völker und ist ein großer Beitrag zur Lösung der Frage der allgemeinen Abrüstung. Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien halten es im Interesse des Weltfriedens für erforderlich, daß die Regierungen der USA und Großbritanniens gleichfalls alle Kernwaffenversuche einstellen.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien stimmen mit der Auffassung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken überein, daß die gegenwärtige internationale Lage Maßnahmen zur schrittweisen Abrüstung und Entspannung erforderlich macht. Beide Seiten unterstützen daher die Vorbereitung und Durchführung einer internationalen Konferenz auf höchster Ebene.

Beide Seiten verurteilen entschieden das Bestreben imperialistischer Kreise, insbesondere der USA und Westdeutschlands, eine Verständigung über die dringendsten Fragen der Abrüstung und der Beseitigung der Atomkriegsgefahr zu verhindern. Dazu gehören die Versuche der Regierung der USA, sich in die inneren Angelegenheiten souveräner, volksdemokratischer Länder einzumischen durch die Forderung, Fragen ihrer innerstaatlichen Ordnung auf die Tagesordnung einer Gipfelkonferenz zu setzen. Dazu gehört ebenso der Versuch der Regierung der Bundesrepublik, durch ihre aggressive Politik in der Deutschlandfrage und durch die Atomaufrüstung Westdeutschlands sowohl die Abrüstung als auch jeden konkreten Schritt zur friedlichen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu verhindern. Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht anders möglich als auf dem Wege der Annäherung und der Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten. Die Volksrepublik Bulgarien unterstützt die Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die auf die einzig mögliche friedliche und demokratische Lösung der Deutschlandfrage gerichtet ist, der Sicherung des Friedens dient und damit auch den Interessen des bulgarischen Volkes entspricht.

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien stimmen überein, daß die Schaffung atomwaffenfreier Gebiete auch in anderen Teilen Europas und in Asien für die Minderung der internationalen Spannungen und als weiterer Schritt zur allgemeinen Abrüstung von großer Bedeutung wäre.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die